

des riesigen radioaktiven Rückstandpotentials aus dreißig Jahren der vierzigjährigen Uranbergbauzeit in dem dicht besiedelten Gebiet Ostthüringens. Die Erzschlämme der Becken Culmitzsch und Trünzig bilden dabei die größten gefährlichen Langzeit- bzw. Ewigkeitspotentiale der Wismut GmbH überhaupt. Gegen die In situ-Verwahrung an Ort und Stelle gab es vor und nach der politischen Wende immer

Vorbehalte, vor allem wegen der unzureichenden bzw. nicht vorhandenen Abdichtungen in den Untergrund. Ein entscheidender Kompromiss im damaligen demokratischen Findungsprozess stellte die Aussage dar, dass eine Sanierung erfolgen wird, die das Eindringen von Oberflächenwasser zu den Tailings verhindert und diese über die Jahre austrocknen lässt. Der verwaltungstechnische Genehmigungsprozess hat über das bundesdeutsche Bergrecht diesen Kompromiss schrittweise aufgelöst. Selbst Oberflächenabdichtsysteme von Müll- und Sonderdeponien auf einfacher mineralischer Basis erfüllen die Forderung der „trockenen“ Verwahrung. Es ist daher nicht akzeptabel, dass ein kostenoptimiertes Abdecksystem ohne Dichtung für die dimensional größte radioaktive Altlast Deutschlands gewählt wird.

- (1) Entwurfsplanung der Consulting u. Engineering GmbH – C&E vom 25.10.12
- (2) Umweltbewertung zum Vorhaben Endabdeckung IAA Culmitzsch; Wismut GmbH – WIS-S 293 vom 19.12.12
- (3) Anforderungsschreiben des TLBA vom 28.01.2013 zur Stellungnahme betroffener Kommunen nach § 54 (2) BBergG ●

## Atomüll-Endlagerung

# Endlager-Parteienkonsens: Gorleben soll weiter im Auswahltopf bleiben

### Berichtigung 1

## endlagerdialog.de

Im vorigen Heft Nr. 628-629 vom 7. März 2013 wurde auf der Seite 15 unter der Überschrift „endlagerdialog.de statt Gorlebendialog“ der Betreiber der Website <http://endlagerdialog.de> versehentlich mit einem falschen Vornamen benannt. Er heißt richtig Dr. Michael Mehnert und nicht Arndt. Wir bitten, das zu entschuldigen.

Th. Dersee, Strahlentelex ●

### Berichtigung 2

## WENDELSTEIN 7-X

In der vorigen Ausgabe Nr. 628-629 vom 7. März 2013 hieß es in dem Beitrag „Wie Forschungseliten und Behörden mit unserer Gesundheit spielen“ von Arndt Müller auf der Seite 14, Spalte 1 unter der Zwischenüberschrift „Weitere Mängel dokumentiert“: „... oder auf den möglichen Austritt von kontaminiertem Kühlwasser in das öffentliche Abwassersystem.“ Richtig soll es stattdessen heißen: „... oder auf den möglichen störfallbedingten Austritt von kontaminiertem Kühlwasser in das Grundwasser.“ ●

### Die künftigen Umweltkatastrophen werden bereits vorprogrammiert

Niedersachsens rot-grüne Landesregierung und Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) haben sich am 24. März 2013 in Berlin auf einen Kompromiß zum Endlagersuchverfahren geeinigt: Der Transport von Atombrennstäben in das Zwischenlager in Gorleben und die „Erkundung“ des dortigen Salzbergwerks auf seine Eignung als Endlager für hochradioaktive Atomabfälle seien jetzt auf unbestimmte Zeit „eingestellt“ anstatt „ausgesetzt“. Ein Endlagersuchgesetz, soll noch im Juni dieses Jahres, also vor der Neuwahl des Bundestages, von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. Gegenüber dem bisherigen Entwurf sei der Rechtsweg jetzt nicht nur auf das Bundesverfassungsgericht beschränkt, sondern um den Zugang zur Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Möglichkeit einer Verbandsklage erweitert worden, wird erklärt. Eigentum an Salzrechten dürfe vorläufig nicht unter Bergrecht enteignet werden. Diverse Befugnisse blieben bei den Bundesländern und würden vorerst nicht auf den Bund übertragen. Die Festlegung der Zwischenlager, in denen künftig

anstatt in Gorleben hochradioaktiver Müll gelagert wird, werde der Bundesumweltminister mit den Bundesländern koordinieren. Eine 24 Mitglieder umfassende Bundesländer-Enquête-Kommission „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ soll bis Ende 2015 Grundsatzfragen für die dauerhafte Lagerung solcher Stoffe „erörtern und klären“. Dazu sollen auch die geologischen Mindestanforderungen für ein Endlager gehören.

Die Zusammensetzung der Endlager-Enquête ist noch ungeklärt. Ihr sollen Abgeordnete, Vertreterinnen und Vertreter von Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften angehören. Die Empfehlungen dieser Kommission sind rechtlich nicht bindend, sollen aber eine „hohe politische Bindungswirkung“ haben, heißt es.

Dafür soll Gorleben weiter im Auswahltopf bleiben, weil dort schon 1,6 Milliarden Euro verbaut wurden. Deshalb wird der neuen rot-grünen Landesregierung in Hannover nun der Bruch ihres Wahlversprechens vorgehalten. Als „unausgegoren“ und „wenig

hilfreich“ bezeichnete der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Einigung. Zu viele Fragen blieben offen, Gorleben müsse vorab als Standort ausgeschlossen werden. Altmaier und der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) verfahren nach dem Prinzip „Wer nicht weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis“ sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gab jetzt als Nr. 12 ihrer Broschürenreihe „zur Sache“ eine Argumentensammlung für einen ehrlichen Neustart bei der Endlagersuche heraus und stellt die Frage, weshalb mit der Fixierung auf ein Endlagersuchgesetz im Parteienkonsens anstatt zuerst für einen gesellschaftlichen Konsens zu sorgen, der fünfte Schritt vor dem ersten gemacht werde.

Das Heft Nr. 12 der Lesereihe „zur Sache“ kann im Büro der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gegen eine Spende von 3 Euro angefordert werden: Tel. 05841 4684 oder per Email [buero@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buero@bi-luechow-dannenberg.de)

### Kommentar

Mit der Form alleine funktioniere nichts. Struktur lasse sich zwar leicht schaffen, aber das Ziel werde dadurch nicht zum Allgemeingut, was jedoch notwendig sei. Das erklärte Yôtarô Hatamura, Leiter der japanischen Regierungskommission zur Untersuchung der AKW-Havarie in

Fukushima, anlässlich des zweiten Jahrestags der Reaktorenkatastrophe. Kontrolle und Organisationskompetenz als lediglich inhaltsleere Formsache identifizierte seine Kommission als eine maßgebliche Ursache der Katastrophe.

Dieselbe Fehlsteuerung wird derzeit in Deutschland mit der Fixierung der verantwortlichen Politiker auf ein Endlagersuchgesetz im Parteienkonsens betrieben, anstatt zuerst einen gesellschaftlichen Konsens zu befördern. Das bereitet den Boden vor für künftige Umweltkatastrophen mit Endlagern. Für die Bewältigung einer Jahrtausendaufgabe ist mehr notwendig, als ein formales Regelwerk. Sie muß inhaltlich von den Menschen über alle Unwägbarkeiten hinweg getragen werden.

Bereits im Jahr 2002 hatte der von der damaligen Bundesregierung eingesetzte Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) empfohlen, „vor der Suche nach einem Endlager einen gesellschaftlichen Diskurs durchzuführen, in dem die relevanten Interessengruppierungen und die allgemeine Öffentlichkeit einen Konsens über den Weg zur Auswahl eines Endlagerstandortes erarbeiten.“ Das Ergebnis dieses Diskurses sollte dem AkEnd zufolge dann politisch und rechtlich festgelegt werden, um so dem Verfahren ein Höchstmaß an Legitimität zu geben.

Der AkEnd ist das Gremium, das sich bisher am intensivsten mit der Endlagerproblematik inhaltlich und sachlich auseinandergesetzt hat. Seit inzwischen mehr als 10 Jahren wurden jedoch seine Empfehlungen ignoriert und keinerlei Schritte in Richtung eines gesellschaftlichen Diskurses unternommen. Jetzt scheint es, als solle die Arbeit des AkEnd noch einmal von einer „Bund-Länder-Enquête-Kommission“ wiederholt werden, um nicht mit der Bevölkerung reden zu müssen. Th.D. ●

## Strahlenschutz

### Leiharbeiter in deutschen AKW

**Sie sind höheren Strahlendosen ausgesetzt als das Eigenpersonal**

In Deutschland waren im Jahr 2010 in deutschen Kernkraftwerken insgesamt 32.391 beruflich strahlenexponierte Personen tätig. Davon waren 26.636 sogenanntes Fremdpersonal (Werk- und Leiharbeitsbeschäftigte). Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/12107 vom 17.01.2013) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke hervor. Leiharbeiter waren im Jahresbericht des Bundesumweltministers zu Umwelt-radioaktivität und Strahlenbelastung nicht mehr aufgetaucht.

Die Leiharbeiter ziehen von einem Atomkraftwerk zum nächsten, wo sie Reinigungs-, Handwerks-, Montage- sowie auch hochspezialisierte Tätigkeiten, zum Beispiel in Atomkraftwerken während der Revision, verrichten. Sie sind im Vergleich zur Stammebeschäftigung schlechter bezahlt, haben weniger Rechte und in der Regel eine schlechtere Ausbildung. Gleichzeitig werden sie für die am meisten belastenden und gesundheitsgefährdenden Arbeiten eingesetzt. Einer Antwort der Bundesregierung aus dem Jahr 2011 (Bundestagsdrucksache 17/6031 vom 1.8.2011) zufolge, ebenfalls auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, ist die durchschnittliche Jahresdosis für die Leiharbeiter höher als die durchschnittliche Dosis des Eigenpersonals und zwar um etwa 80 Prozent.

Wenn die Werk- und Leiharbeitsbeschäftigten ihre maximal zulässige Strahlendosis erreichen, bekommen sie ein Beschäftigungsverbot und werden gegen andere Beschäftigte ausgetauscht. ●

# Strahlentelex mit ElektrosmogReport

## ✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport  
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

**Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.**

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter [www.strahlentelex.de/Abonnement.htm](http://www.strahlentelex.de/Abonnement.htm)):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ zum Preis von EURO 78,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

**Vertrauensgarantie:** Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

**Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •**  
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: [Strahlentelex@t-online.de](mailto:Strahlentelex@t-online.de), <http://www.strahlentelex.de>

**Herausgeber und Verlag:** Thomas Dersee, Strahlentelex.

**Redaktion Strahlentelex:** Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

**Redaktion ElektrosmogReport:** Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: [i.wilke@katalyse.de](mailto:i.wilke@katalyse.de), <http://www.elektrosmogreport.de>

**Wissenschaftlicher Beirat:** Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann †, Dipl.-Ing. Heiner Matthies †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

**Erscheinungsweise:** Jeden ersten Donnerstag im Monat.

**Bezug:** Im Jahresabonnement EURO 78,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 7,80, Probeexemplar kostenlos.

**Druck:** Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

**Vertrieb:** Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2013 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288